

**Information zur Datenverarbeitung hinsichtlich der Erfüllung der Pflicht
zur Erklärungsabgabe und Datenübermittlung in Verbindung mit der
Entsendung der Arbeitnehmer im Rahmen der Erbringung von
Dienstleistungen**

gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom
27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung
personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie
95/46/EG (im Folgenden: Datenschutz-Grundverordnung)

Das Ministerium für Innovation und Technologie teilt gemäß Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung den dort festgelegten und als betroffene Personen angesehenen natürlichen Personen (im Folgenden: betroffene Person) Folgendes mit:

1. Benennung des Verantwortlichen

Benennung des Verantwortlichen:	Ministerium für Innovation und Technologie
(ITM) PIR-Nr.:	764410
Sitz des Verantwortlichen:	1011 Budapest, Fő utca 44-50
44-50. Korrespondenzadresse des Verantwortlichen:	1440 Budapest Pf. 1.
E-Mail-Adresse des Verantwortlichen:	ugyfelszolgalat@itm.gov.hu
Name der Datenschutzbeauftragten:	Dr. Zsuzsanna Dakos
	Korrespondenzadresse: 1011 Budapest, Fő utca 44-50.
	E-Mail-Adresse: zsuzsanna.dakos@itm.gov.hu

2. Zweck der Verarbeitung

Die Arbeitsbehörde verarbeitet die durch den zur Erfüllung der Erbringung von grenzübergreifenden Dienstleistungen auf dem Gebiet von Ungarn einen Arbeitnehmer laut § 295 des Gesetzes Nr. I von 2012 über das Arbeitsgesetzbuch beschäftigenden Arbeitgeber übermittelten Daten zwecks Erfüllung der Pflichten, die sich aus der Geltendmachung der EU-Richtlinien über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von grenzübergreifenden Dienstleistungen sowie aus der Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems ergeben.

Benennung der Verarbeitung	Verwaltung der Daten zwecks Erfüllung der Pflichten zur Erklärungsabgabe und Datenübermittlung in Verbindung mit der Entsendung von Arbeitnehmern durch einen ausländischen Arbeitgeber im Rahmen der Dienstleistungsgewährung auf das Gebiet von Ungarn
Zweck der Verarbeitung	Erfüllung der sich aus der Geltendmachung der EU-Richtlinien über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von grenzübergreifenden Dienstleistungen sowie aus der Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-

	Informationssysteme ergebenden Pflichten
Rechtsgrundlage der Verarbeitung	aufgrund von § 8/D Absatz 1 des Gesetzes Nr. LXXV von 1996
	über die Kontrolle im Arbeitswesen (im Weiteren: ArbKontrG) Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Datenschutz-Grundverordnung
Kategorien der betroffenen Personen	der Vertreter des zur Datenübermittlung verpflichteten ausländischen Dienstleisters oder, wenn diese nicht identisch ist, die zur Kontakthaltung mit den Behörden verantwortliche Person sowie der (die) von der Meldung betroffene(n) Arbeitnehmer
Kategorien der personenbezogenen Daten	von der betroffenen Person angegebene Daten (Benutzername; Name der betroffenen Person; E-Mail-Adresse der betroffenen Person; wenn das nicht identisch ist, so seitens der betroffenen Person die Benennung, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der zur Kontakthaltung mit der Behörde verantwortlichen Person – Kontaktperson –; Name der entsandten Arbeitnehmer)
Empfänger, denen die personenbezogenen Daten mitgeteilt werden	Arbeitsbehörde
Name und Vertreter des Auftragsverarbeiters	NISZ Nemzeti Infokommunikációs Szolgáltató Zrt. Sitz: 1081 Budapest, Csokonai u. 3. Niederlassung: 1148 Budapest, Róna utca 54-56 Telefon: +36 (1) 459-4200 E-Mail: info@nisz.hu
Datenübermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation	Die Arbeitsbehörde darf die an sie übermittelten Daten ausschließlich aufgrund des Ersuchens der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates und ausschließlich in der Sache weitergeben, in deren Bezug diese Daten angefordert wurden.
Zur Löschung von personenbezogenen Daten vorgesehene Fristen	3 Jahre
Beschreibung der Maßnahmen zur Datensicherheit	Der Verantwortliche erklärt, dass er entsprechende Sicherheitsmaßnahmen ergriffen hat, um einen unbefugten Zugriff auf die personenbezogenen Daten sowie eine rechtswidrige Veröffentlichung, Weitergabe, Veränderung, Löschung, Vernichtung bzw. Beschädigung oder den Verlust von personenbezogenen Daten zu verhindern.

3. Als Grundlage für die Verarbeitung dienende Rechtsvorschriften

Gesetzliche Grundlage der an die Erfüllung der Meldepflicht in Verbindung mit der Entsendung der Arbeitnehmer im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen geknüpften Verarbeitung:

- Datenschutz-Grundverordnung
- Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“)
- Gesetz Nr. LXXVI von 2009 über die allgemeinen Regeln des Beginns und der Betreibung einer Dienstleistungstätigkeit
- Gesetz Nr. I von 2012 über das Arbeitsgesetzbuch
- Gesetz Nr. LXXV von 1996 über die Kontrolle im Arbeitswesen

Die Übermittlung personenbezogener Daten beruht auf § 8/D ArbKontrG.

4. Art der verarbeiteten personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten	Zweck der Verarbeitung
Benutzername	Sicherstellung der Identifizierbarkeit in der Datenbank
Name des Nutzers	Kontrollierbarkeit der Berechtigung zur Abgabe der Meldung
E-Mail-Adresse des Nutzers	Sicherstellung der mit der Datenbank verbundenen Kontakthaltung
Name und Anschrift der zur Kontakthaltung mit der Behörde verantwortlichen Person (Kontaktperson)	Sicherstellung der mit der Entsendungstätigkeit verbundenen Kontakthaltung
Telefonnummer der Kontaktperson	Sicherstellung der mit der Entsendungstätigkeit verbundenen Kontakthaltung
E-Mail-Adresse der Kontaktperson	Sicherstellung der mit der Entsendungstätigkeit verbundenen Kontakthaltung
Name der entsandten Arbeitnehmer	Kontrollierbarkeit der Erfüllung der Pflicht

5. Quelle der personenbezogenen Daten:

Die zur Verfügung gestellten Daten.

6. Zur Einsicht der Daten berechtigte Personen:

Die Mitarbeiter des ITM und der Arbeitsbehörde zur Erledigung ihrer mit der Entsendung verbundenen Aufgabe.

7. Dauer der Verarbeitung:

Der Verantwortliche verarbeitet die Daten nach dem Tag der Einreichung bei der IT-Plattform

über 3 Jahre. Nach Ablauf der Frist werden die übermittelten Daten aus der Datenbank gelöscht.

8. Rechte der betroffenen Person:

Die von der Verarbeitung betroffene Person ist berechtigt,

- Auskunft über die personenbezogenen Daten zu erhalten (Recht auf Auskunft);
- die Berichtigung der personenbezogenen Daten zu beantragen (Recht auf Berichtigung);
- die Löschung der personenbezogenen Daten zu beantragen (Recht auf Vergessenwerden);
- eine Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen (Recht auf Einschränkung);
- der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen (Widerspruchsrecht);
- eine Information zur Verarbeitung anzufordern und Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen verarbeiteten Daten beantragen (Recht auf Auskunft),
- ihre zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten erteilte Einwilligung zu widerrufen.

Recht auf Auskunft: Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Eine Auskunft kann die Arbeitsbehörde erhalten und der Verantwortliche darf die ihm übermittelten Daten ausschließlich der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates als ersuchende Behörde aufgrund ihres Ersuchens nur in der Sache oder den Sachen erteilen, in Verbindung mit der oder denen sie angefordert wurden.

Recht auf Berichtigung: Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Recht auf Vergessenwerden: Die betroffene Person hat das Recht, die Löschung ihrer Daten zu beantragen; zugleich kann angesichts der Tatsache, dass die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, die Berechtigung zur Löschung der Daten primär nicht geltend gemacht werden.

Recht auf Einschränkung: Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist: die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen; die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt; der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Widerspruchsrecht: Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender

personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Aufgrund einer Anforderung auf Auskunft kann die betroffene Person – sofern sie nicht aus einem gesetzlich festgelegten Interesse unter eine Einschränkung fällt – erfahren, ob sie betreffende personenbezogene Daten bei der Organisationseinheit des Verantwortlichen verarbeitet werden, und sie hat ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und folgende Informationen:

- darüber, zu welchem Zweck die Organisationseinheit ihre personenbezogenen Daten verarbeitet,
- über die Rechtsgrundlage der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten,
- über die Dauer der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten,
- darüber, welche ihrer personenbezogenen Daten die Organisationseinheit verarbeitet,
- über die Empfänger ihrer personenbezogenen Daten oder die Kategorien von Empfängern,
- über die Übermittlung ihrer personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation,
- wenn die personenbezogenen Daten nicht von der betroffenen Person gesammelt wurde, über die Quelle der Daten,
- über die Parameter der automatisierten Entscheidungsfindung (wenn die Organisationseinheit als Verantwortlicher eine solche anwendet),
- über die mit der Verarbeitung verbundenen Rechte der betroffenen Person,
- über die Möglichkeiten für einen Rechtsbehelf.

Auf Wunsch der betroffenen Person stellt die Organisationseinheit als Verantwortlicher der betroffenen Person eine Kopie der den Gegenstand der Verarbeitung bildenden personenbezogenen Daten zur Verfügung.

Bei Anträgen auf Auskunft und Zugriff antwortet die Organisationseinheit als Verantwortlicher spätestens innerhalb von 25 Tagen und stellt der betroffenen Person deren Kopie zur Verfügung.

Die betroffene Person hat das Recht, ihre zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten erteilte **Einwilligung** jederzeit zu **widerrufen**. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Die betroffene Person kann ihren Antrag in Verbindung mit der Ausübung ihrer Rechte beim Ministerium für Innovation und Technologie als Verantwortlichem einreichen, dessen Erfüllung kostenlos erfolgt, es sei denn, dass der Antrag offenkundig unbegründet oder – insbesondere im Fall von häufiger Wiederholung – überzogen ist, bzw. die betroffene Person hat weitere Kopien über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten beantragt, für die der zum Gegenstand des Antrags vorgehende Verantwortliche eine auf den Verwaltungskosten beruhende, angemessene Gebühr berechnen kann.

Die Erfüllung der mit der Ausübung der Rechte der betroffenen Person verbundenen Anträge erfolgt – **sofern der Antrag elektronisch eingereicht wurde** – auf elektronischem Wege, es sei denn, die betroffene Person hat es anders beantragt.

9. Einreichung einer Beschwerde:

Wenn nach Ansicht der betroffenen Person die Verarbeitung gegen die Datenschutz-Grundverordnung oder gegen Bestimmungen des Informationsfreiheitsgesetzes verstößt bzw. sie eine von der Organisationseinheit als Verantwortlicher durchgeführte Verarbeitung für rechtswidrig hält, kann sie/er unter der E-Mail-Adresse ugyfelszolgalat@itm.gov.hu eine Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten des Ministeriums für Innovation und Technologie einreichen.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte kann sie aufgrund von § 22 InfogrG eine Prüfung der Ungarischen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Anschrift: 1125 Budapest, Szilágyi Erzsébet fasor 22/c, Korrespondenzanschrift: 1530 Budapest, Pf.: 5. E-Mail: ugyfelszolgalat@naih.hu, Webseite: www.naih.hu) anregen bzw. sich aufgrund von § 23 Absatz 1 InfogrG an ein Gericht wenden.